

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Abnahme im Voraus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatl. 2,40 M., bei halbjährlicher Abnahme unter Schriftband 4,80 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postzeitung für 1919 eingetragen.

Inhaltsverzeichnis der 164. Nummer: Seite 1. Kleine Anzeigen: das erste Blatt 48 Pf., das zweite Blatt 30 Pf., das dritte Blatt 20 Pf., das vierte Blatt 10 Pf., das fünfte Blatt 5 Pf., das sechste Blatt 3 Pf., das siebte Blatt 2 Pf., das achte Blatt 1 Pf., das neunte Blatt 1 Pf., das zehnte Blatt 1 Pf., das elfte Blatt 1 Pf., das zwölfte Blatt 1 Pf., das dreizehnte Blatt 1 Pf., das vierzehnte Blatt 1 Pf., das fünfzehnte Blatt 1 Pf., das sechzehnte Blatt 1 Pf., das siebzehnte Blatt 1 Pf., das achtzehnte Blatt 1 Pf., das neunzehnte Blatt 1 Pf., das zwanzigste Blatt 1 Pf., das einundzwanzigste Blatt 1 Pf., das zweiundzwanzigste Blatt 1 Pf., das dreiundzwanzigste Blatt 1 Pf., das vierundzwanzigste Blatt 1 Pf., das fünfundzwanzigste Blatt 1 Pf., das sechsundzwanzigste Blatt 1 Pf., das siebenundzwanzigste Blatt 1 Pf., das achtundzwanzigste Blatt 1 Pf., das neunundzwanzigste Blatt 1 Pf., das dreißigste Blatt 1 Pf., das einunddreißigste Blatt 1 Pf., das zweiunddreißigste Blatt 1 Pf., das dreiunddreißigste Blatt 1 Pf., das vierunddreißigste Blatt 1 Pf., das fünfunddreißigste Blatt 1 Pf., das sechsunddreißigste Blatt 1 Pf., das siebenunddreißigste Blatt 1 Pf., das achtunddreißigste Blatt 1 Pf., das neununddreißigste Blatt 1 Pf., das vierzigste Blatt 1 Pf., das einundvierzigste Blatt 1 Pf., das zweiundvierzigste Blatt 1 Pf., das dreiundvierzigste Blatt 1 Pf., das vierundvierzigste Blatt 1 Pf., das fünfundvierzigste Blatt 1 Pf., das sechsundvierzigste Blatt 1 Pf., das siebenundvierzigste Blatt 1 Pf., das achtundvierzigste Blatt 1 Pf., das neunundvierzigste Blatt 1 Pf., das fünfzigste Blatt 1 Pf., das einundfünfzigste Blatt 1 Pf., das zweiundfünfzigste Blatt 1 Pf., das dreiundfünfzigste Blatt 1 Pf., das vierundfünfzigste Blatt 1 Pf., das fünfundfünfzigste Blatt 1 Pf., das sechsundfünfzigste Blatt 1 Pf., das siebenundfünfzigste Blatt 1 Pf., das achtundfünfzigste Blatt 1 Pf., das neunundfünfzigste Blatt 1 Pf., das sechzigste Blatt 1 Pf., das einundsechzigste Blatt 1 Pf., das zweiundsechzigste Blatt 1 Pf., das dreiundsechzigste Blatt 1 Pf., das vierundsechzigste Blatt 1 Pf., das fünfundsechzigste Blatt 1 Pf., das sechsundsechzigste Blatt 1 Pf., das siebenundsechzigste Blatt 1 Pf., das achtundsechzigste Blatt 1 Pf., das neunundsechzigste Blatt 1 Pf., das siebenzigste Blatt 1 Pf., das einundsiebzigste Blatt 1 Pf., das zweiundsiebzigste Blatt 1 Pf., das dreiundsiebzigste Blatt 1 Pf., das vierundsiebzigste Blatt 1 Pf., das fünfundsiebzigste Blatt 1 Pf., das sechsundsiebzigste Blatt 1 Pf., das siebenundsiebzigste Blatt 1 Pf., das achtundsiebzigste Blatt 1 Pf., das neunundsiebzigste Blatt 1 Pf., das achtzigste Blatt 1 Pf., das einundachtzigste Blatt 1 Pf., das zweiundachtzigste Blatt 1 Pf., das dreiundachtzigste Blatt 1 Pf., das vierundachtzigste Blatt 1 Pf., das fünfundachtzigste Blatt 1 Pf., das sechsundachtzigste Blatt 1 Pf., das siebenundachtzigste Blatt 1 Pf., das achtundachtzigste Blatt 1 Pf., das neunundachtzigste Blatt 1 Pf., das neunzigste Blatt 1 Pf., das einundneunzigste Blatt 1 Pf., das zweiundneunzigste Blatt 1 Pf., das dreiundneunzigste Blatt 1 Pf., das vierundneunzigste Blatt 1 Pf., das fünfundneunzigste Blatt 1 Pf., das sechsundneunzigste Blatt 1 Pf., das siebenundneunzigste Blatt 1 Pf., das achtundneunzigste Blatt 1 Pf., das neunundneunzigste Blatt 1 Pf., das hundertste Blatt 1 Pf.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Verlag: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13, Fernsprecher: Amt Norden 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# München vor neuen Ereignissen.

## Der bayerische Landtag tritt nicht zusammen.

Aus München wird berichtet, daß der Zentralrat eine Kundgebung erlassen habe, wonach der Landtag, der für den 8. April einberufen wurde, vorläufig nicht zusammenzutreten darf.

München, 5. April.

In einer gestern vom Zentralrat einberufenen Versammlung im Adlonbräuhaus, erklärte Dr. Wabler, die Aufgabe der nächsten Tage und Stunden bestehe: Befestigung der Parteien, Einigkeit des gesamten Proletariats, Generalstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Diese Ankündigung wurde von der Mehrheit sarkastisch begrüßt. Der Vorsteher des Zentralrats Krieger erklärte, daß das nordbayerische Proletariat den Loslösungsbeschreibungen des nordbayerischen Kapitalismus einen Streik durch die Rechnung machen werde. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik werde in ganz Deutschland vorbildlich wirken und den Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben. — Der Zentralrat hat für heute vormittag die sämtlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten, Ausschüsse, sowie die Kreisräte und Delegierten aller Verbände zu einer großen Versammlung im Hofbräuhaus aufgerufen, in der die politische Lage erörtert werden wird.

## Vor der Stilllegung des ganzen Ruhreviers.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Dachau, 4. April.

Über 350 000 Bergarbeiter auf 210 Schachtanlagen streiken heute. Der Generalstreik nimmt fortwährend zu. Große Stahlwerke stehen wegen Kohlenmangels still. Falls es nicht zur baldigen Einigung kommt, werden die Kohlenstandsarbeiten eingestellt. Die Rechen werden vom Erzaufen bedroht.

Essen, 5. April.

Die Streikbewegung wächst immer weiter an, der Höhepunkt ist noch nicht überschritten. Immer weitere Bergarbeiter schließen sich dem Ausstand an. Im Bochumer Revier streiken etwa 145 000 Mann, im Hamborner Revier streikt fast alles gänzlich still. Im Mülheimer Revier ist der Streik vollständig.

## Stilllegung des Kruppischen Werkes.

Essen, 4. April 1919.

Bei Krupp ist die gesamte Arbeiterschaft aus folgendem Grunde in den Streik getreten. Das Generalkommando in Münster hatte die Bewaffnung der Beamten angeordnet, die sich offenbar gegen die Arbeiter richtete. Große Mengen von Waffen und Munition wurden in der Maschinenwerkstatt und im Elektrizitätswerk untergebracht. Das erregte die Anruhe der Arbeiter und sie verlangten die Entseinerung der Waffen und die Entlassung der für die Ausführung des Auftrages des Generalkommandos verantwortlichen Beamten. Der Streik ist auch die Reaktorzentrale betroffen, so daß der ganze Betrieb stillliegt.

## Die Entwicklung in Ungarn.

Die Rote Armee.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Budapest, 4. April 1919.

Eine Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Budapests beschloß einstimmig auf jede Einmischung in die Angelegenheiten des Roten Heeres und der Kasernen zu verzichten und das vollständige und unbedingte Verzichtsgesetz über das Heer ausschließlich dem Volkskommissariat für Heereswesen zu überlassen.

## Die Sozialisierung des Grundbesitzes.

Budapest, 4. April

Eine Verordnung des Volkskommissariats für Landwirtschaft besagt: Der Boden Ungarns wird Eigentum der arbeitenden Gesellschaft. Wer nicht arbeitet, kann keinen Boden besitzen. Jeder Groß- und Mittelgrundbesitzer acht samt totem und lebendem Inventar ohne irrendes Einverständnis in den Besitz des Proletariats über. Keine und Zwerg-

besitze Klassen auch fernerhin samt den dazu gehörigen Häusern Privateigentum. Welche Grundbesitze als kleine oder Zwergbesitze zu betrachten sind, wird unter Rücksichtnahme auf die lokalen Verhältnisse durch den Volkskommissar für Landwirtschaft bestimmt.

Die im Staatseigentum genommenen Grundbesitze sowie deren Inventar, können weder unter einzelnen noch unter Gruppen verteilt werden. Diese Grundbesitze werden als genossenschaftliche Betriebe jenem Proletariat übergeben, welches den betreffenden Grundbesitz bearbeitet. Mitglieder solcher Genossenschaft sind alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts, die ihr 16. Lebensjahr überschritten haben und an der Produktion mit entsprechenden Arbeitskräften teilnehmen. Der Ertrag wird im Verhältnis der geleisteten Arbeit aufgeteilt. Über die Genossenschaften wird eine spätere Verordnung verfügen. Die Kontrolle üben die Ortsräte aus.

## Eröffnung der Bremischen Nationalversammlung.

Bremen, 4. April.

Gute nachmittags fand unter zahlreicher Beteiligung, auch seitens des Publikums, die Eröffnung der Bremischen Nationalversammlung statt. Nach einer von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Eröffnungsansprache des Mitgliedes der einstweiligen Regierung Mehn übernahm Junge von der mehrheitspolitischen Partei das Alterspräsidentium. Ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag auf sofortige Entseinerung der militärischen Besatzung des Orsengebäudes, in dem die Nationalversammlung tagt, wurde abgelehnt und einem weiteren Dringlichkeitsantrag der Kommunisten auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes die Dringlichkeit abgesprochen. Zum Präsidenten der Nationalversammlung wurde der Vorsteher der demokratischen Fraktion Dunkel gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Kienle von der mehrheitspolitischen Partei, zum zweiten Vizepräsidenten Lüdtke von der unabhängigen Partei.

## Das Ende einer Komödie.

Die Verständigung in Spaa hat endlich den nationalistischen Hummel beendet, den die Regierung im Verein mit Militaristen, Sozialisten und ihren anderen Freunden inszeniert hat, und der mit den monarchistischen Demonstrationen und der Ludendorff-Dyaktion seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Episode ist lehrreich für die Art, wie diese Regierung, an ihrer Spitze der Erzberger, die auswärtige Politik betreibt. Es sind dieselben Mittel der Lüge und Entstellung und der falschen Berichterstattung wie die der alten Regierung. Mit Absicht wird in den schwarzen Farben gemalt, um dann für sich einen Erfolg herauszulügen zu können. Diese Kollisionskumststücke sind ja die Spezialität des Erzberger, die die Ebert-Scheidemann und Konjorken in ihrer Ahnungslosigkeit als überlegene Staatskunst bewundern.

Auch diesmal hat die Entente nicht die Absicht einer besonderen Feindseligkeit gehabt. Von Anfang an hätte sich mit ihr in anständiger und vernünftiger Weise verhandeln lassen. Gerade aber weil der Erzberger meinte, daß das Endresultat nicht zweifelhaft sein werde, ließ er den nationalistischen Hummel inszenieren. Die Regierung hoffte so, zu billigen Vorbeeren zu gelangen. Deshalb ließ sie auch alle Register spielen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Entente schließlich dadurch gereizt, und ihrerseits un-nachgiebig werden konnte. Glücklicherweise ist das nicht geschehen, sie hat sich mit der prinzipiellen Wahrung ihres Rechtsstandpunktes begnügt und praktisch auf die Forderung in Danzig verzichtet.

Herr Erzberger hat aber in seiner wahnwitzigen Ungeklärtheit gleich bei Beginn der Verhandlungen noch ein Zugeständnis angeboten, das die Entente selbst noch nicht verlangt hatte, er hatte nämlich den Truppentransport auf dem Landwege empfohlen. Wenn auch rein politisch gegen dieses Angebot nicht viel einzuwenden ist, so bedeutet es für uns bei den elenden Transportverhältnissen immerhin gegenüber dem Seetransport ein wirtschaftliches Opfer. Herr Erzberger hat das, um des Prestigeerfolges, die Forderung in Danzig zu vermeiden, desto lieber zu sein. Das ist ja die satirisch bekannte Art, wie dieser Mann Verhandlungen führt. Es ist die alte defekative Politik, die den äußeren Schein rettet und dafür alles Sachliche preisgibt. Herr Erzberger ist für diese Politik und für diese Regierung also der richtige Mann.

## Die Gewerkschaftsvorstände für den Belagerungszustand.

Genosse Regge vom Rührerverband schreibt uns: In Vertretung unseres Verbandsvorstandes nahm ich an der Konferenz der Vertreter der Verbände der Bandsvorstände teil, die vom 1. bis 3. April in Berlin tagte. Da die Presse am Dienstag, den 1. April, die Nachricht brachte, daß es in Stuttgart durch die Verhängung des Belagerungszustandes wieder zum Ausvergießen gekommen war, und im Ruhrgebiet gleichfalls der Belagerungszustand bei Ausbruch des Streiks verhängt und mit Entsendung von Militär gedroht wurde, ersuchte ich es als meine Pflicht, am 2. April zu Beginn der weiteren Verhandlungen folgende Resolution einzubringen:

Die am 1. und 2. April 1919 in Berlin tagende Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände protestiert gegen die Verhängung des jetzigen Belagerungszustandes im Ruhrgebiet und Stuttgart, und fordert von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung desselben.

Desgleichen fordert die Konferenz die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Berlin.

Die Konferenz protestiert besonders gegen die Vergewaltigung des heiligen Rechts der Revolution, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit, die einer sogenannten sozialistischen Regierung unwürdig sein sollte. Durch die Anwendung der schlimmsten Gewaltmittel gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft hat die Regierung über sich selbst das Urteil gefällt.

Da die Konferenz ihre Verhandlungen am 2. April nicht beenden konnte, so mußte sie noch am 3. April bis nachmittags 3 1/2 Uhr tagen, und so gelangte die Resolution trotz meinem Protest am Mittwoch früh erst am Schluß der Verhandlungen zur Vorlesung und Abstimmung. Als der Vorsteher der Region die Resolution vorlesen wollte, beantragte Paepelow (Vertreter des Bauarbeiterverbandes) Uebergang zur Tagesordnung, da die Resolution erst einer längeren Aussprache bedürfte und man nicht die Ursachen kenne, die die Regierung veranlaßte, den Belagerungszustand zu verhängen.

Ich sprach gegen den Antrag Paepelow mit der kurzen Begründung, daß die Resolution keiner längeren Aussprache bedürfte, da sie für sich selbst spricht. Die Konferenz als die Vertretung der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft kann es doch nicht gut heißen, daß bei Ausbruch jedes Generalstreiks der Belagerungszustand verhängt und alle Versammlungen und die Presse verboten werden. Doch vergebens! Gegen meine einzige Stimme stimmten sämtliche anderen Vertreter für Uebergang zur Tagesordnung.

Bei Einreichung der Resolution leitete mich der Gedanke, daß die Annahme einen großen Eindruck auf die gesamte Arbeiterschaft und auch auf die Regierung machen würde. Für die Arbeiterschaft sollte sie den ersten Schritt zur Verständigung der gegenseitigen Strömungen bedeuten; für die Regierung das Zeichen sein, daß mit der Gewaltpolitik keine geistige Bewegung für die Dauer gebannt werden kann.

Daß ich im Geiste der Verständigung wirken wollte, bewies meine Stellungnahme zur Frage der diesjährigen Maifeier und zum Räte-system, die mit zur Verhandlung kamen. Es handelte sich bei der Maifeier darum, ob die Generalkommission einen Aufruf allein oder gemeinsam mit dem Vorstand der Mehrheitspartei erläßt, oder ob auch die U.S.V. eingeladen werden sollte. Ich trat dafür ein, daß die Generalkommission der gegenwärtigen Situation Rechnung trägt und allein einen warmherzigen Aufruf bringt. Für diesen Standpunkt trat die Mehrzahl der Reiner ein. Der Beschluß gelangte gegen 3 Stimmen zur Annahme.

Zur Frage der Arbeiterräte meinte ich, einen biden Strich hinter der Politik des 4. August 1914 zu machen, da diese Institutionen vollständig zusammengebrochen seien, um sich ehrlich auf dem Boden der Arbeiterräte zu stellen. Trotz dem Räte-system seien die Gewerkschaften nicht überflüssig geworden, sondern es hände ihnen ein großes Arbeitsfeld offen. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist nicht gegen die Gewerkschaften an sich, sondern gegen oppositionelle Haltung richtet sich nur gegen die

Führer der Gewerkschaften, sowohl für Wagner als für die Gewerkschaften.

Ich enthalte mich deshalb aus jedem Kommando zu der abnehmenden Stellung der Vertreter der Gewerkschaften. Aber ich möchte doch um das Urteil der Gewerkschaften Deutschlands bitten, mir zu sagen, ob das Verlangen der Aufhebung des Belagerungszustandes etwas derartiges beinhalten würde, das ich mit meiner Auffassung allem als Weltfreund dastehen müßte.

# Die Flucht Wilhelms Hohenzollern.

11.

Ich blieb mit dem Feldmarschall und dem General Groener zurück. Während der Feldmarschall meinen Vorschlägen, daß der Kaiser als König von Preußen niemals abdanken dürfe, beistand, betonte General Groener, daß eine solche Entscheidung die Lage vielleicht vor 14 Tagen gereimt hätte, daß es jetzt aber auch hierfür viel zu spät sei, und daß die Ereignisse in Berlin und ganz Deutschland schon viel weiter vorgeschritten wären als wir alle dächten.

Inzwischen hatte Oberst Hege als Ergebnis seiner Verhandlungen gemeldet, daß eigentlich die Kommandantur mit größter Bestimmtheit es für aussichtslos erklärt hätte, mit dem Heer den Bürgerkrieg in der Heimat aufzunehmen, und daß auch vielfach betont sei, daß die Truppen nicht mehr zuverlässig wären. Gleichzeitig ließ die telephonische Antwort des Gouverneurs von Berlin ein, die die Mitteilung aus dem Reichsjustizamt bestätigte, daß in den Straßen gekämpft würde, die Truppen übergeben seien und es selbst keine Truppen mehr in der Hand habe. Ebenfalls telephonisch der Rangier, daß der Bürgerkrieg unvermeidlich sein würde, wenn er nicht in den nächsten Minuten die Abdankung Seiner Majestät bekanntgegeben hätte. Der Feldmarschall, Groener und Eggeling von Hingge begaben sich in den Garten, um G. M. diese Meldung zu erhalten. Ich sollte dem vorstehenden Kronprinzen entgegen, um ihn über die Lage zu unterrichten und ihn dringend zu bitten, G. M. von voreiligen Entschlüssen abzuhalten und sich mit seiner ganzen Person dafür einzusetzen, daß G. M. sollte die Kaiserabdankung nicht zu umgehen sein, wenigstens König von Preußen bliebe. G. M. hatte darauf ein Gespräch unter vier Augen. Wir wurden herangerufen und zunächst der soeben eingetroffene Oberst Hege zum Vortrag aufgefordert.

Dieser berichtete, daß einstimmig von allen Kommandeuren die Frage verneint sei, ob man auf das Heer für einen Bürgerkrieg in der Heimat rechnen könne, und daß auch einzelne Kommandeure nicht unbedingt die Sicherheit ihrer Truppen verbürgen könnten. Ich erwiderte, daß es ein großer Unterschied sei, wofür man die Zuverlässigkeit der Truppe gebrauchen wolle; für den Rückmarsch in die Heimat, für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung an einzelnen Stellen sei das Heer zuverlässig und kriegstreu. Es siehe außer allem Zweifel, daß das Heer, darüber bezweifelnd, ob es seinen Fahnenstübchen und seinen Kriegsherrn verlassen wolle, unbedingt hinter dem Kaiser stehen werde. Gewiß gäbe es einzelne Ausnahmen, ebenso wie in den Schlachten einzelne Truppen versagt hätten. Die breite Masse sei erwiesenermaßen sehr in der Hand ihrer Führer und auch kriegstreu.

General Groener erwiderte: „Fahnenstübchen und Kriegsherr seien bloß eine Idee!“ — Ich antwortete, daß er die Seele und den Pulsschlag des Heeres in seiner Hand habe. In den Schlachtfeldern und im schweren Feuer hätte man den Gehör und die Stimmung der Leute des Heeres kennen gelernt. Die Hauptbücher, die man bei den Leuten fände, seien die Bibel und das Gebetbuch. Man fände das hochgehaltene Pflichtgefühl und tiefe Religiosität. Ein Heer, das 4 1/2 Jahre seine Pflicht getan hätte, und wenn auch jetzt abgelämpft und überanstrengt, von solchem Geiste durchdrungen wäre, das wäre nicht fähig, seinen Fahnenstübchen zu brechen, und seinen König zu verlassen.

Eggeling von Hingge kam in diesem Augenblick mit der Mitteilung des Rangiers, die Lage in Berlin habe sich äußerst bedrohlich gestaltet. Er wolle seine Entlassung nehmen, und die Monarchie sei nicht mehr zu retten, wenn G. M. sich nicht sofort zur Abdankung entschliesse. G. M. beauftragte darauf Eggeling von Hingge, dem Reichsjustizamt zu telephonieren, daß er als deutscher Kaiser abdanken wolle, um Blutvergießen zu vermeiden, daß er aber König von Preußen bleibe und sein Heer nicht verlassen werde. Ich forderte, daß diese wichtige Entscheidung G. M. zunächst schriftlich festgelegt werden müsse, und er dann an den Reichsjustizminister telephonieren werde, wenn er von G. M. genehmigt und unterschrieben sei. G. M. beauftragte darauf Eggeling von Hingge, die Generale von Pleßsen und Marschall und mich, die Erklärung aufzusehen. Während wir damit beschäftigt waren, klingelte der Chef der Reichsjustiz, Eggeling von Hingge schaffte an, den ich persönlich sprach und ihm auf seine Forderung, daß sie die Abdankungserklärung in den nächsten Minuten in Berlin haben müßten, erwiderte: Eine so wichtige Entscheidung wie die Abdankung des Kaisers könne nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. G. M. hatte seinen Entschluß gefaßt, er würde schriftlich im Augenblick formuliert und die Reichsregierung müsse sich gedrücken, bis diese Erklärung in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde.

Sie lautete ungefähr wie folgt:

- 1. G. M. sind bereit, als deutscher Kaiser abzutreten, wenn nur dadurch weiteres Blutvergießen vermieden werden kann.
- 2. G. M. wollen keinen Bürgerkrieg.
- 3. G. M. bleiben König von Preußen und werden das Heer in geordneter Ordnung in die Heimat zurückzuführen.

Diese Erklärung wurde von G. M. genehmigt und unterschrieben und nachmittags an das Reichsjustizamt durch Eggeling von Hingge telephoniert. 8 Uhr 10 nachmittags wurde G. M. vom Reichsjustizamt die bekannte Veröffentlichung gemeldet, die der Reichsjustizminister die Erklärung abgab, über die Abdankung des Kaisers und Königs durch das Reichsjustizamt herausgegeben hatte. G. M. nahm die Nachricht im tiefsten Ernst und in vollster königlicher Würde entgegen. Er fragte mich nach meiner Ansicht darüber. Ich sagte: Das ist ein Staatsverbrechen, eine Vergeßlichkeit, der Euer Majestät sich nicht beugen dürfen. G. M. sind König von Preußen und jetzt ist eine noch zwingendere Notwendigkeit, daß G. M. als oberster Kriegsherr beim Heere bleiben. Ich garantiere dafür, daß es treu zu G. M. halten wird. G. M. antwortete, daß er König von Preußen sei und bleibe, und daß er das Heer nicht verlassen würde. G. M. beauftragte darauf die Generale von Pleßsen, von Marschall und Eggeling von Hingge, die neue Wendung dem Feldmarschall zu melden.

G. M. verabschiedete darauf den Kronprinzen und mich. Ich

wurde, als ich schon abgehen wollte, noch einmal zu G. M. zurückgerufen. G. M. schenkte mir bei mir und sagte: „Ich werde König von Preußen und werde als solcher nicht ab, ebenso wie ich bei den Truppen.“ Ich antwortete: „Kommen G. M. zu den Truppen nach dem was ich, was ich G. M. und bringe sicher.“ Versprechen G. M. mir, auf alle Fälle beim Heere zu bleiben.“ G. M. verabschiedete mich mit den Worten: „Ich bleibe beim Heere.“ Ich durfte ihm noch die rechte Hand küssen und habe ihn nicht wieder gesehen.

In der unmittelbar anschließenden Konferenz nahm ich noch Teil (beim Feldmarschall). Groener sagte, daß er nicht überlassen sei, er habe vorausgesehen, daß es so kommen würde, die Sache wäre nicht mehr auszubekommen gewesen. Der Feldmarschall und Groener erklärten darauf, daß der Kaiser das Hauptquartier sofort verlassen und nach Holland gehen müsse, da sie seine Sicherheit nicht einmal für die nächste Nacht verbürgen könnten. Das Sturmabteilungs Korps, das zum Schutz G. M. im Hauptquartier war, sei nicht mehr sicher, und die kuffenbüchsen sollten bereits im Annahen von Verdiers und Spaan sein. Ich blieb mit meiner Auffassung allein. Ich die Sicherheit G. M. im Heere nicht gefährdet sei, und daß es ein schwerer Fehler sein würde, das Heer zu verlassen, und daß das Heer diese Entscheidung nicht ertragen würde. Die übrigen Herren, Hingge — Marschall — stimmten dem Feldmarschall zu. Hingge wurde beauftragt, sofort durch das Reichsjustizamt in Berlin die nötigen Schritte für die Einreise G. M. nach Holland zu tun. Den weiteren Gang der Ereignisse konnte ich nicht, weil ich mich in unser Hauptquartier zurückgezogen hatte, wofür der Kronprinz schon zurückgefahren war.

Es steht für mich außer allem Zweifel, daß G. M. am frühen Nachmittag durch den Vortrag des Feldmarschalls und Groener seinen Entschluß ausgegeben hat, bei dem Heere zu bleiben, und daß es ihrer Einwirkung zugunsten ist, daß G. M. noch in der Nacht nach Holland abgereist ist. Diese Auffassung wird ferner bestätigt durch einen Brief, den G. M. eigenhändig am frühen Abend an den Kronprinzen geschrieben hat. Der Brief wurde dem Kronprinzen durch einen Leibgardien überbracht, als G. M. schon fort war. Der Brief hatte ungefähr folgenden Wortlaut:

Mein lieber Junge!

Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne, und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schwerem inneren Kampf entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ich rate dir, bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf Deinen Posten auszuhalten. In Berlin belagerten sich unter Führung von Oberst und Oberst zwei Regierungen.

Offenlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten.

Dein tiefgeliebter Vater

Wilhelm.

Den Kronprinzen habe ich erst am nächsten Morgen wieder gesehen. Ich trug ihm vor, daß die Vorgänge in Berlin ebenso wenig für ihn, wie für G. M. rechtmäßig seien. Er sei von der Regierung niemals über die Lage orientiert, nie gehört, nie gefragt worden. Jetzt sei man über ihn als Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen. Er müsse an die maßgebenden Stellen Protest einlegen und müsse, wie jeder andere Soldat, auf seinem Posten bleiben und seine Pflicht tun. Dies sei auch die Ansicht des Feldmarschalls und Groeners. G. M. stimmte zu, hielt es aber für notwendig, daß die Regierung ihr Einverständnis erkläre, da er sich dem nicht ausziehen wolle und könne, beim Betreten von Deutschland oder dann abgesetzt zu werden, wenn er an dieser oder jener Stelle zum Gegenstand monarchistischer Kundgebungen würde. Eggeling von Hingge übermittelte am 11. November vormittags an den Reichsjustizminister die Anfrage mit folgendem Inhalt:

G. M. G., der Kronprinz, hat den dringenden Wunsch auf seinem Posten zu bleiben, um, wie jeder andere Soldat, seine Pflicht zu tun. Er wird sein Heer in straffer Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückzuführen und verpflichtet sich, in seiner Person in dieser Zeit gegen die jähliche Regierung etwas zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?

Am nächsten Abend lief folgende Antwort ein: „Nach Vortrag des Kriegsministers Eichel mußte die Regierung die Anfrage des Kronprinzen in bezugnehmenden Sinne beantworten.“

G. M. G. hat daraufhin den Oberbefehl niedergelegt und seine Stellungnahme in einem Brief an den Feldmarschall von Hindenburg zum Ausdruck gebracht.

7. Dezember 1918.

geg. Graf Schulenburg, Generalmajor und Chef des Generalstabs der G. M. G.

Die Darstellung ist deshalb interessant, weil sie zeigt, daß die Flucht Wilhelms und des Kronprinzen tatsächlich eine durch die revolutionäre Stimmung des Heeres erwirkte war. Wilhelm sträubte sich, solange es ging; er wollte durch die Abdankung als Kaiser versuchen, zunächst eine Scheinkönigsaktion zu machen, um als König von Preußen das Heer und die Macht in der Hand zu behalten. Die Vernünftigeren unter den Monarchisten, wie Hindenburg und Groener, erkannten die Unmöglichkeit dieses Tricks; sie suchten den Monarchen preisgeben, um für später die Monarchie zu retten. Sie sind die klügeren Taktiker gewesen als die Schulenburgs.

Zugleich ergibt sich, daß die Notwendigkeit der Abdankung nicht etwa nur die Ueberzeugung des Prinzen Max gewesen ist, sondern ebenso die Hindenburgs und Groeners. Die Monarchisten suchten jetzt den Prinzen Max allein verantwortlich zu machen, um die Generale, die noch nützlich werden könnten, zu schonen.

Beachtung verdient schließlich auch der Umstand, daß das ganze Treiben der monarchistischen Presse den Zweck hat, die Abdankung als eine erzwungene und rechtsumwirksame erscheinen zu lassen. Sie suchen schon jetzt die monarchistische Gegenrevolution juristisch zu rechtfertigen. Es wird deshalb sich empfehlen, sowohl von der Nationalversammlung als auch von der preussischen Landesversammlung die Ablehnung der Hohenzollern Dynastie ausdrücklich beschließen zu lassen.

## Beförderung von Unteroffizieren.

Die in den Kreisen der Unteroffiziere bestehende Unzufriedenheit hat die Regierung sehr veranlaßt, folgendes zu bestimmen:

- 1. Aktive Unteroffiziere und Unteroffiziere des Beurteilungsausschusses können in die Reichswehr aufgenommen werden und erhalten, auch wenn sie in Mannschaften verwendet werden, die Gehaltsklasse ihres Dienstgrades. Für Aufrechterhaltung der Versorgungsansprüche wird die Militärverwaltung sorgen.

2. 80 vom Hundert aller bis 1. Oktober 1919

zu zugrundeliegenden Beförderungen zu Offizieren werden Unteroffiziere vorbehalten.

2. Stellen für Militärkommandeure werden mit Rücksicht auf die Besetzung freigehalten. Auch in die neu zu organisierten Regimenter und in die Gendarmerie können geeignete Unteroffiziere aufgenommen werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung gegenüber dem Widerstand in der Lage sein wird, das gegebene Versprechen in die Tat umzusetzen. Wenn während des Krieges sollte dem künftigen Unteroffizier Gelegenheit gegeben werden, zum Offizier empfangen zu werden. Er ist aber in der Regel kein Feldwebel, sondern ein Leutnant, und wurde als solcher nie für voll genommen. Bei der Stellung, die das Militärministeramt dem Offizierkorps im neuen Volkshere bereits einnimmt, ist starker Widerstand der Offiziere gegen die neue Bestimmung der Reichsregierung zu erwarten.

## Die ausländischen Lebensmittel.

Gegenüber den Äußerungen von uns wiedererlebten Befürchtungen, daß das Reichsernährungsamt geneigt sei, die Verteilung der ausländischen Lebensmittel nicht durch die Gemeinden, sondern durch den freien Handel vornehmen zu lassen, erklärt jetzt das Reichsernährungsamt (den Wortlaut dieser Erklärung haben wir in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht), daß die Verteilung der ausländischen Lebensmittel selbstverständlich durch die Kommunalverwaltungen erfolgen solle. Wir empfinden Befriedigung darüber, daß das Reichsernährungsamt jetzt die Absicht zu haben scheint, diesen Standpunkt durchzuführen. Aber wir müssen sagen, daß nach der bisherigen Haltung des Reichsernährungsamts diese Annahme nicht ganz so „selbstverständlich“ ist, wie es das Reichsernährungsamt jetzt darzustellen sucht. Denn noch vor kurzem hat das Reichsernährungsamt mitgeteilt, daß das ausländische Mehl seines hohen Preises wegen im freien Handel abgesetzt werden solle. Wenn also starke Befürchtungen in der Bevölkerung entstanden sind, und der Oberbürgermeister Dr. Wermuth sich veranlaßt sah, gegen eine derartige Absicht energisch Einspruch zu erheben, so liegt die Ursache hierfür in der zweideutigen Haltung des Reichsernährungsamts, die ein Einsehen auf die Wünsche des freien Handels als nicht unwahrscheinlich erscheinen ließ.

An der Erklärung des Reichsernährungsamts befindet sich aber auch noch ein weiteres sehr wichtiges Zugeständnis. Es heißt in ihr:

Bei den außerordentlich hohen Preisen dieses Mehles ist zu befürchten, daß die minderbemittelte Bevölkerung auf den Kauf verzichtet und daß der Vorteil der verarbeiteten Nationen lediglich den besserstellenden Kreisen zutommen wird.

Das ist eine vollkommene Bestätigung des Standpunktes, den wir immer vertreten haben. Klipp und klar geht daraus hervor, daß selbst das Reichsernährungsamt weiß, daß die ausländischen Lebensmittel, wenn sie zu den hohen Einkaufspreisen abgegeben werden, von der minderbemittelten Bevölkerung nicht gekauft werden können. Die ausländischen Lebensmittel würden also ausschließlich den gutsituierten Kreisen der Bevölkerung zugute kommen. Die ärmere Bevölkerung, die nicht nur Arbeiter, sondern bei der jetzigen Wirtschaftslage auch den größten Teil der Beamten, der Angestellten, des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes umfaßt, würde also trotz der Einfuhr von Lebensmitteln nicht in der Lage sein, sich besser zu ernähren als gegenwärtig. Im Gegenteil! Die Ernährung würde in den nächsten Monaten wesentlich schlechter werden, denn die Ablieferung der Landwirte wird von Tag zu Tag geringer, die einheimischen Bestände gehen zur Neige, und an eine Aufrechterhaltung der Nationen aus inländischen Erzeugnissen ist nur noch für kurze Zeit zu denken.

Das Reichsernährungsamt darf es deshalb nicht bei der platonischen Einsicht bewenden lassen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die teuren ausländischen Lebensmittel nicht kaufen kann. Es muß vielmehr seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die nicht nur bei ihm, sondern vermutlich weit mehr bei anderen amtlichen Stellen sich bemerkbar machenden Widerstände gegen die Uebernahme der Differenz zwischen dem Einkaufspreis für die ausländischen Lebensmittel und inländischem Höchstpreis auf das Reich zu beseitigen. In dieser Frage darf es für diejenigen, die die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung zu vertreten vorgeben, kein Schwanken und keine Kompakttheit geben. Finanzgründe dürfen nicht ausdiskutiert sein, wo es sich um die Sicherung der Ernährung der breiten Massen und um Erhaltung von Leben und Gesundheit handelt.

## Reichseinkommensteuer.

Wie die bürgerliche Presse mitzuteilen weiß, besteht der Plan, eine Reichseinkommensteuer zu erheben, die gewissermaßen als Zusatzabgabe des Reiches zu der Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Kommunen gedacht ist. Von dieser Reichseinkommensteuer sollen nur Einkommen von 40 000 Mark an erfaßt werden. Bei Junggeheilen beginnt die Steuergrenze bereits bei 30 000 Mark. Bei Verheirateten, die Kinder haben, ermäßigt sich das steuerpflichtige Einkommen für jedes Kind um 2000 Mark, so daß also beispielsweise ein Verheirateter mit einem Einkommen von 50 000 Mark, der fünf Kinder hat, die Reichseinkommensteuer nur für 40 000 Mark zu zahlen hat. Die Steuerätze sollen progressiv mit 5 v. H. beginnen und bei den sehr hohen Einkommen die oberste Grenze von 30 v. H. erreichen.

## Parteitag der Rechtssozialisten.

Der Parteivorstand der Rechtssozialisten veröffentlicht die Tagesordnung für den Parteitag, der auf den 10. Juni nach Weimar einberufen ist. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Parteivorstandes, der von Herrn Otto gegeben wird, ferner ein Bericht der Kommission zur Beratung der Preisangelegenheiten, der Stationsbericht aus der Nationalversammlung, Berichterstatter Paul Wöbe, und schließlich ein Vortrag des Herrn Schickemann über die Aufgaben der Partei in der Republik.

## Baden in der Welt voran.

Manheim, 4. April. Der Verfassungsausschuß der badischen Nationalversammlung hat den Beschlüssen der sozialdemokratischen Fraktion, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag anzuerkennen, abgelehnt.

# Staat und Kirche

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung hat die Beratungen über das Verhältnis des Staates zu Religion und Kirche zu Ende geführt. Dem Artikel 30 wurde nach einem rechtssozialistisch-demokratischen Antrage folgende Fassung gegeben:

„Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens-, Gewissens- und Gedankenfreiheit und staatlichen Schutz für ungestörte Religionsübung. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unberührt. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur insoweit das Recht, noch der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete staatliche Erhebung dies erfordert. Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Handlungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. Die Freiheit der Religionsgesellschaften wird geschützt. Der Zusammenschluss von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen.“

Für den Paragraphen 30 kam ein Kompromiß zwischen den Anträgen der bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten zustande; er erhielt folgende Fassung:

„Es besteht keine Staatskirche. Jede Religionsgesellschaft ordnet der Schranken ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Insbesondere verleiht sie ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. Religionsgesellschaften erwerben die Rechtssfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu. Sofern sie solche bisher besessen haben. Anderen Religionsgesellschaften sind gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder eine Gewähr der Dauer bieten. Sie sind berechtigt, ihre Mitglieder zu bestrafen. Die Rechte der Mitglieder dürfen nicht nach der Höhe der Beiträge abgemindert werden. Die Durchführung dieser Bestimmungen liegt der Landesgesetzgebung ob. Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelehnt. Die Grundbesitz hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anhalten, Stiftungen und Fonds bleibt hierdurch unberührt. Die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben erhalten. Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge in Krankenhäusern, Strafen oder sonstigen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zugelassen, wobei jeder Zwang ferngehalten ist.“

Die ungeschwächte Vermittlung, die besonders die katholische Kirche und die Erbkirchen besitzen und die eigentlich dem Volksgange zugehören, bleiben unangefastet. Im Gegenteil, den Kirchen wird durch die Verleihung von öffentlichen Rechten noch weiterhin die Möglichkeit gegeben, unproduktive Kapitalien anzuhäufen und der allgemeinen Volkswirtschaft zu entziehen. Nur keinen Kampf gegen die liberalen Ansprüche, so lautet die Parole der Rechtssozialisten und der Demokraten, und nun hat das Zentrum die Genehmigung, daß ihr viel mehr gewährt worden ist, als es je erreicht hat.

Was der Alerikanismus bisher noch nicht erreicht hat, das wird er nunmehr auf Umwegen zu erzielen versuchen. Die Handhabe dazu gibt ihm die bevorrechtete Stellung der Erbkirchen, die überdies die Hebung der Durchsetzung dieser Bestimmungen an die Landesgesetzgebung. Kein Wunder, daß die „Germania“ sagt, daß der heilsame Einfluß der neuen Ordnung unverkennbar sei. Wehe es auf diese Weise weiter, so werde Deutschland wenigstens nicht an den Engeln gehoben.

Jedoch regt sich der Widerstand gegen die schwächliche Politik der Schwabmänner schon in deren eigenen Reihen bemerkbar. Aus Anlaß der Berufung des katholischen Priesters Wilhelmmann in das preussische Kultusministerium, schreibt das „Damburger Echo“ unter der Überschrift „Paritätische Duselei“:

Die „Germania“ meint, mit ihm zieht wohl zum ersten Male seit Bestehen des preussischen Kultusministeriums ein katholischer Priester als Berater darin ein. Wir müssen gestehen, daß wir für solche paritätische Geschäftspolitik kein Verständnis haben. Ein katholischer Priester ist und kann in Kultusdingen nur und nützlich sein und dem kulturellen Fortschritt ablehnend oder im günstigsten Falle zweideutig gegenüberstehen. Wir aber brauchen mehr Kultur als Kultus, und deshalb unbedingt eindeutige Menschen und Politiker.“

Die Rechtssozialisten in Wilmars sind aber anderer Meinung. Sie haben die Pflege der Religion ausdrücklich ausgebehalten und daher ist es nur folgerichtig, wenn der Kirche auch fernerhin die größtmögliche Betätigungsmöglichkeit gegeben wird.

## Zwei dringende Forderungen an den Kultusminister.

Die Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten Oetich, soweit sie sich auf Schul- und Bildungsfragen bezogen, klangen müßiger, als wir es von den Vertretern der gegenwärtigen Koalitionstra gewohnt sind. Aber sie sind programmatisch und haben nur den Wert von Versprechungen. Die Kulturpolitik Haenisch wird nicht einschleudern, nicht sozialistischer wenn man ihm zwei häusliche Keller gibt. Haenisch ist blicksam und nachgiebig, wenn er Druck von seinen Mitarbeitern fühlt. Und diesmal wird er dem Druck der ihm heilseligen Unterrichtssekretäre ebenso nachgeben, wie er in der ersten Zeit seiner Tätigkeit Wagners freier Entschlossenheit und Klarheit nachgeben hat. Jetzt kommt der Einfluß von der anderen Seite, und die Gefahr, daß alles wahrhaft Sozialistische im Kulturprogramm unseres Ministeriums für Volkserziehung unwirksam wird, wäre sehr groß ohne die Initiative der Kommunisten, in denen nun endlich die Proletarier zu Wort und entscheidender Stellung gekommen sind. In den Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit macht sich nämlich eine so starke Initiative in den Wahrgängen zum Abbau des alten und Aufbau des neuen Schulwesens geltend, daß man hoffen kann, der Reformwille der Gemeinden wird den Minister zwingen, ernstlich an den Ausbau des gesamten Bildungswesens zu gehen. Wir vertrauen darauf, daß die Kommunen nach Kräften das neue System, das mit dem Wort „Einheitschule“ im allgemeinen gemeint ist, beibehalten und die Fundamente dafür legen werden. Haben aber die Gemeindeparsimente die Gewalt, den alten

Rechtigen Geist aus den Schulen zu vertreiben? Reicher reicht da ihr Einfluß nicht aus. Da muß von oben zugestritten werden. Alle Erneuerungsbewegungen sind nicht zum Ziel führen, solange die Provinzialparlamente in ihrer jetzigen Zusammensetzung bestehen bleiben. Diese unheilvolle Verhinderung der Reformen an die staatlichen Schulen; die staatlichen Schulen unterziehen auch ihrem Einfluß. Die Anstellung der Lehrkräfte geschieht nach Anciennität „unter Berücksichtigung besonderer Umstände“. Was für Ungerechtigkeiten sich hinter dieser dehnbaren Formel verbergen lassen, braucht nicht erläutert zu werden. Die an den Staatschulen angestellten Lehrer werden vom Schulleiter und Direktor ausgewählt und bestimmt. Die Lehrer begreifen auf der Grundlage des Provinzialparlamentarismus ein Geheimdokument — eine „Konkurrenzliste“ — in die ihre Vorgesetzten einschreiben können, was ihnen gut scheint, ohne daß sie eine Kontrolle zu fürchten hätten. Der Lehrer hat weder das Recht, die Liste einzusehen, noch gegen etwaige ungerechte Unterstellungen zu protestieren.

Wir fordern nicht nur, daß diese finstere Geheimdokumente sofort beseitigt wird, nein, wir fordern einen anderen Aufbau der Lehrerschaft von unten herauf. Jedes Lehrerkollegium ist eine verantwortliche Gemeinschaft und, soweit das bei einer entwickelten Gemeinschaft nötig ist, die Leitung besorgen. Eine aus den Lehrerkollegien unmittelbar durch Wahl hervorgegangene Behörde soll an die Stelle der Provinzialparlamente treten. Drufungen bei Vakaturen nimmt das Lehrerkollegium selbst vor. Das neue übergeordnete Organ mag dann die Beratung prüfen und, falls nicht angängig, ablehnen. Es unterhält die Verbindung mit dem Ministerium aus den durch Wahl gebildeten Organen, die an Stelle der Provinzialparlamente treten, wird ein oberster Rat gewählt, der dem Minister zur Seite tritt.

Auch die Ausbildung der Lehrer fordert sofortige Reformen. Es geht nicht an, daß die Lehramtskandidaten für die höheren Schulen ausschließlich an diesen ausgebildet werden. Die Schichten- und Standeschule ist im Absterben. Wie lange ihre Agonie dauern wird, ist ungewiß. Sicher ist, daß die Lehrer, die jetzt an den höheren Schulen ausgebildet werden, schon eine Schülermasse zu erziehen haben werden, die nicht nach der sekundären Leistungsfähigkeit ihrer Eltern zusammengesetzt ist, sondern nach der durch das System der Einheitschule garantierten Auswahl nach Anlage und Fähigkeit. Unter diesen Umständen ist es ein Unheil, den werdenden Lehrer nur an den Schülern der Erbschule auszubilden. Wir fordern, daß er die Hälfte der Ausbildungszeit an der Volksschule verbringt. Das wird dem Lehrer und Lernenden gleich nützlich sein.

Das sind zwei Forderungen, an denen Haenisch beweisen könnte, ob er den Willen und die Kraft zu Reformen hat. Haenisch war einer derjenigen, die die Revolution auf einen wichtigen Posten setzte. Vielleicht besinnt er sich unter dem Druck der reformstrophischen Gemeindeparsimente darauf.

## Das Wahlrecht für den neuen Reichstag.

Im Verfassungsausschuss der deutschen Nationalversammlung befaßt man sich am Freitag mit dem künftigen Reichstag. Von den rechtssozialistischen Parteien wurde der Versuch unternommen, das Wahlalter hinaufzusetzen. Dieser Versuch mißlang aber. Der Artikel 41 der Verfassung erhielt die folgende Fassung:

„Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundregeln der Verfassungswahl gewählt. Das Wahlergebnis bestimmt ein Reichswahlgesetz, das auch die Wahl des Reichspräsidenten und die Volksabstimmung regelt.“

Wegen die verfassungsmäßige Bestimmung des Wahlalters von 20 Jahren stimmte die gesamte Rechte und das Zentrum.

## Zweisprachigkeit in Oberschlesien.

Das preussische Staatsministerium hat am 1. April den Beschluß gefaßt, daß in den Teilen Schlesiens, die eine polnisch sprechende Bevölkerung aufweisen, die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden den von ihnen erlassenen amtlichen Bekanntmachungen bei deren Veröffentlichung künftig in polnische Uebersetzungen besorgen.

Eine Ausdehnung vorstehender Bestimmungen auf andere Gebiete mit gemischtsprachiger Bevölkerung ist seitens der preussischen Regierung in Aussicht genommen.

## Kommunalisierung der Straßenbahn.

Magdeburg, 3. April. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auf einen sozialdemokratischen Antrag die Kommunalisierung der Straßenbahn zum 1. Juli dieses Jahres. Die Aktien des Unternehmens sollen zu pari (d. i. zu hundert) von der Stadt übernommen werden. Die Dividende der Gesellschaft betrug im letzten Geschäftsjahr zehn Prozent.

## Demonstration in Ewinemünde.

Freitag vormittag bewegte in Ewinemünde sich eine große Menge von Männern und Frauen mit roten Fahnen und Plakaten nach dem Landratsamt und zum Rathaus, wo sie eine Reihe von Forderungen auf Vermehrung der Lebensmittelzuweisung überreichten. Es wurde der sofortige Austritt des Landrats und eines Stadtrats verlangt, ferner die sofortige Ausweisung der dortigen gestrichelten politischen Barone und ihrer Anhänger. Der Bürgermeister und der Landrat mußten die Erfüllung der Forderungen innerhalb 24 Stunden versprechen. Die Demonstration verlief in ruhiger Ruhe.

## Klassenbewusste Rechtssozialisten.

Im neugewählten Arbeiterrat in Rülheim-Mühle kam es in der ersten Sitzung zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen Kommunisten, Mehrheitssozialisten und Bürgerlichen. Im Verlauf der Debatte gab der Mehrheitssozialist Voltmann im Namen seiner Freunde folgende Erklärung ab:

„Wir betrachten den Arbeiterrat als eine revolutionäre Einrichtung und können mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien nicht zusammengehen, da die bürgerlichen Vertreter der kapitalistischen Weltordnung sind, wir dagegen wollen den sozialistischen Staat. Das gleiche Ziel wollen auch die Kommunisten. Und trennen nur die Wege, nicht das Ziel.“

## Eine zurückgewiesene Annahme.

Folgende Resolutionen wurden am 2. April von der von über 2000 Personen besuchten Betriebsversammlung des Vorkriegs- und Eisenbau einmütig angenommen: Die Arbeiter- und Angehörigen des Vorkriegsamtes III. u. A. Spandau nehmen Kenntnis von der Verfügung des Generals von Lütkow vom 20. 3. 19 und des Generals von Hülsen vom 27. 3. 19 betreffend die Neuwahl von Arbeiter- und Angehörigenausschüssen und die Neuwahl der Arbeiterräte. Die Beschäftigten des Vorkriegsamtes stellen hierzu fest:

Die Arbeiterräte sind am 11. 12. 18 mit einer Mehrheit von 1981 bei 1981 abgegebenen Stimmen in geheimer und direkter Wahl von sämtlichen Arbeitern und Angehörigen gewählt worden. Die Wahl ist von der zuständigen Instanz, dem Volksgenerat Groß-Berlin geprüft und als rechtmäßig anerkannt worden. Eine Neuwahl des Arbeiterrates kann nur der Volksgenerat oder die Mehrheit der Arbeiter veranlassen. Die Verfügungen der oben genannten Generale sind daher eine widerrechtliche Annahme, die die Arbeiterschaft auf das allerentschiedenste zurückweist.

Die Arbeiterschaft des Amtes, die ihrem Arbeiterrat schon wiederholt in den Monaten Januar und Februar einmütig ihre Vertrauen bekundet hat, spricht ihm erneut ihr ernstliches Vertrauen aus und konstatiert, daß seine Tätigkeit zum Wohle des Vorkriegsamtes und der dort Beschäftigten so segensreich gewesen ist, daß das Vorkriegsamt Spandau vom Kriegsministerium in jeder Beziehung als muster-gültig anerkannt worden ist.

Durch die Eingriffe der Generale wird eine starke Beunruhigung der Arbeiterschaft hervorgerufen und damit jedes geordnete und nützliche Arbeiten unmöglich gemacht.

## Deutsches Theater.

### Der arme Heinrich.

Fast zwei Jahrzehnte sind es her, daß Gerhart Hauptmann's „Armer Heinrich“ im Deutschen Theater unter Otto Brahm zur Uraufführung kam. Zur Veranschaulichung eines von Reinhardt geplanten Hauptmannzyklus wurde er neben an derselben Stelle neu erst, in einer Uebersetzung, die die Erinnerung an die erst von Münter, dann von König geschaffene Gestalt des deutschen Helden nicht überleben konnte. Die Sage Hauptmanns von der Lue ist bei Hauptmann zu einem wunderbaren romantischen Gedicht geworden von Ideen, Liebe und Erlösung, bei dem uns aber die Schönheit und Musik der Sprache mehr erreicht als der mittelalterliche Geist, der diese Dichtung beherrschte. Die milden Sprüche des Hovans bringen durch die Klostermauern dieser Weltwärts- und Gedankwelt, die uns fern liegt alle Qualen der Menschheit, von der den von allen Juren gepeinigten Ausführenden die magische Liebe befreit, bergehen in den Seligkeiten irdisch-überirdischer Rinn. Dem gleichsam vom Tode Auferstandenen best der Strömungspurpur die Narben, aber er greift wieder zum Egepter und läßt seine Fellen, seine Adler wieder steigen. Dem Körperlichen Leide des Verstorbenen entringt sich mit der Fassung die letzte Wandlung nicht. Romantik ohne Tragik, Mitleid ohne Gemeinsamkeit bewegt und schließlich bei dieser dennoch über alle Zeiten Heilswerten Dichtung. Die Regie Felix Holländers hatte sie in einen vollen Bühnenrahmen gepannt, besser, dekorativ hübsches Bild nur von der Uebersetzung des Hl. Helene Thimig überstrahlt wurde. Sie gab des armen Heinrich „Neinem Gevalt“ fast historisch-mythologischen Verklärung das ganze Räseln und die hohe Vielsichtigkeit ihrer innigen Natur. Paul Hartmann gab mit seiner sprachlichen Kunst mehr den Umriß der untergeordneten Gestalt des armen Heinrich, als daß es sie mit allem Glanz und Schönen von Innen heraus lebendig erfüllt hätte. Diegelmann, Gregori und die anderen Mitwirkenden vermochten aus kleineren Rollen nur wenig herauszuholen und blieben teilweise hinter den Anforderungen zurück, die man an die Reinhardttruppe zu stellen berechtigt ist. E. B.

## Aus der Parteipresse.

Die Genossen des Kreises Schmalfelden geben seit dem 1. April das „Schmalfeldener Tageblatt“ als Parteiorgan der U. S. D. heraus. Ab 1. Mai wird das Blatt unter dem Titel „Thüringer Volksstimme“ erscheinen.

## Gewerkschaftliches.

### Biblangestellte der Decreesbetriebe usw.

Zwecks Stellungnahme zu Kündigungs- und Entlassungsfragen und Entwurf eines Kollektivvertrages, Aussprache über Regelung von Streiksituationen aus dem neuen Gehaltsabkommen sowie Wahl einer ständigen Arbeitskommission findet am Montag, den 7. April, im Kaiserhof des Wanda (Feldjägerkaserne), Kurfürstendamm 193/194, eine Sitzung der Komitee der Angestellten-Ausschüsse bzw. Vertrauensmänner derjenigen Biblangestellten statt, welche in Decreesbetrieben und sonstigen dem Kriegsministerium unmittelbar unterstellten Behörden beschäftigt sind.

Angelassen wird von jeder Behörde ein Vertreter der mit einer kirchlichen Vollmacht des Angestellten-Ausschusses bzw. Betriebsrates versehen sein soll, aus welcher Name des Generals und der Behörde sowie Anzahl der in dem fraglichen Betriebe beschäftigten Biblangestellten ersichtlich sein soll. Die Arbeitskommission der Angestellten-Ausschüsse der Decreesbetriebe usw.

In der Reichsfuttermittelliste war drei Ausschulungsgeltern gelündigt worden. In einer Versammlung beschloßen nun die Angestellten, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, ehe nicht die Kündigungen zurückgezogen sind. Dem Streikschluß wurde am andern Morgen fast ausnahmslos Folge geleistet. Unter Einwirkung von Vertretern des Handlungsgehilfenverbandes und des Verbandes der Bureauangestellten wurden Verhandlungen mit der Direktion eingeleitet, die zu einer Verständigung dahingehend führten, daß die Kündigung eines Ausschulungsgeltes zurückgenommen wurde und eine nochmalige Prüfung aller zum 30. April auszusprechenden Kündigungen stattfinden soll. Daraufhin beschloß das gesamte Personal fast einmütig die Wiederaufnahme der Arbeit. Nicht bemerkenswert war dieser einstimmige Streik insofern, als es sich um keine materiellen Forderungen handelte, sondern um die Anerkennung des im Reichsgesetz vom 23. Dezember 1918 und vom 24. Januar 1919 gewährten Rechtes der Angestellten-Ausschüsse.

Orenstein u. Rappel, Arthur Rappel u. A. Die Kulturversammlung im Streiklokal Wilhelmshof, Anhalter Str. 12, findet nicht am Sonntag, sondern am Montag, vormittags 10 Uhr, statt.

